

ÖVP für bundeseinheitliche Kindergarten-Standards

Die Wiener ÖVP wünscht sich bundeseinheitliche Standards im Kindergartenbereich. Die Qualität der Betreuungseinrichtungen müsse unabhängig vom Bundesland, also „vom Bodensee bis zum Neusiedlersee“, garantiert sein, sagte Parteichefin Christine Marek am 14. Februar in einer Pressekonferenz.

In der geforderten Bundesregelung könnten etwa die Ausbildung der Pädagogen, der Betreuungsschlüssel oder die Gruppengröße festgeschrieben werden, so ihr Appell. Es müssten klare Zielvorstellungen festgeschrieben werden, über welche Fähigkeiten Kinder in einem bestimmten Alter mit Hilfe des „Bildungsgartens“, wie Marek die Kinderbetreuung nannte, verfügen sollten. Derzeit ist das Thema Kindergarten Ländersache.

Mit ihrem Vorstoß einen Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern – ähnlich wie in der Schuldebatte – zu provozieren, befürchtet die VP-Klubobfrau nicht. Schließlich gebe es etwa auch im Volksschulbereich österreichweit festgelegte Lehrpläne, wobei für die Schulen selbst die jeweiligen Bundesländer zuständig seien, was sehr gut funktioniere. Sie werde sich jedenfalls nicht nur als Wiener ÖVP-Chefin für Bundesstan-

dards einsetzen, sondern auch als Vorstandsmitglied der Bundespartei bei Obmann und Vizekanzler Josef Pröll. Bereits Anfang 2010 hatte Marek – damals noch Familienstaatssekretärin – österreichweite Kindergartenstandards gefordert.

Mängel beim Platzangebot

Was die Kindergartensituation speziell in Wien angehe, gebe es hinsichtlich des Platzangebots noch einiges zu tun. „Besonders der Gratis-Kindergarten für Unter-Dreijährige ist nicht für alle Realität“, kritisierte die Chefin der Hauptstadt-Schwarzen. Außerdem verlasse sich die Stadt beim Ausbau der Plätze vorrangig auf private Träger. Marek sprach sich einmal mehr für einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz aus.

Um die Lesekompetenz angesichts der desaströsen PISA-Ergebnisse so früh wie möglich zu fördern, will die ÖVP ein Leseprojekt nach deutschem und britischem Vorbild realisiert wissen. Dabei sollen Kinder bzw. deren Eltern dreimal – mit einem und mit drei Jahren sowie mit Volksschuleintritt – je ein Lese-Set erhalten, damit die Sprösslinge langsam an die Welt der Bücher herangeführt würden. Marek kann sich hier Kooperationen mit Kinderärzten, Kindergärten oder öffentlichen Bibliotheken vorstellen. Einen entsprechenden An-

trag auf Umsetzung will die Volkspartei im kommenden Gemeinderat am 25. Februar einbringen.

Die VP-Chefin ortete zudem im Volksschulbereich einen „bildungspolitischen Brennpunkt“. Für Kinder mit Migrationshintergrund, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, forderte sie erneut sogenannte Vorbereitungsklassen. Derzeit werden diese Kids – derzeit laut Marek rund 8.000 – als „außerordentliche Schüler“ geführt, wobei der Sprachunterricht im Ausmaß von 13 Wochenstunden parallel zum Regelunterricht abgehalten werde. Damit hätten sie für den vorgesehenen Stoff um rund zwei Drittel weniger Zeit als ihre Kollegen. Hier wären Vorbereitungsklassen sinnvoller, auch wenn die betroffenen Schüler dadurch erst ein Jahr später in die Volksschule kommen würden – „aber dafür mit den gleichen Chancen“, argumentierte Marek.

Jede achte Volksschule hat weniger als 25 Kinder

Jede achte Volksschule in Österreich wird von weniger als 25 Kindern besucht. Insgesamt verfügen damit 402 der insgesamt 3.197 Volksschulen über weniger als 25 Schüler, heißt es in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des SP-Abgeordneten Franz Riepl durch Unterrichtsministerin Claudia

Schmied (SPÖ). Besonders hoch ist der Anteil dieser Kleinschulen im Burgenland (31 Prozent) und in Tirol (27 Prozent). In Vorarlberg haben 19 Prozent der Volksschulen weniger als 25 Schüler, in der Steiermark 17 Prozent, in Salzburg elf, in Kärnten acht, in Niederösterreich sechs und in Oberösterreich fünf Prozent. Wien kommt auf rund ein Prozent.

Es geht aber noch kleiner: In Tirol haben 23 Volksschulen weniger als zehn Schüler, in der Steiermark sind es elf – in den anderen Bundesländern sind es jeweils weniger als zehn Schüler. Österreichweit verfügen 58 Volksschulen über höchstens neun Schüler.

Von der Gesamtzahl der Kinder in den Schulen unabhängig ist offenbar die Bereitschaft zur Einrichtung von Mehrstufenklassen: In diesen werden Kinder unterschiedlicher Altersstufen in einer Klasse unterrichtet. Die meisten Mehrstufenklassen werden in Niederösterreich (322) geführt, gefolgt von der Steiermark (317), Tirol (305) und Oberösterreich (273). Burgenland (165) und Wien (154) liegen hier fast gleichauf, Kärnten kommt auf 149, Vorarlberg auf 137 und Salzburg auf 87. Ursprünglich als Unterrichtsform in kleineren Gemeinden mit geringer Schülerzahl konzipiert, sind Mehrstufenklassen heute auch Teil vieler reformpädagogischer Modelle.

GASTKOMMENTAR

Werner gegen Angela

Jetzt hat unser Kanzler der unverschämten „großen Schwester“ aber ordentlich die Meinung gesagt, oder?

Von Mag. Wolfgang Lusak
(Unternehmensberater und Lobby-Coach)



Landschaft allzu clever ausnützenden Konzernen, verschaffen. Natürlich fehlen in dem Pakt-Konzept noch notwendige Bausteine wie Verbindlichkeitsregeln, Sanktionierbarkeit, Bankensanierung, Investitionskapital-Verfügbarkeit und (vor allem!) Nachhaltigkeitskriterien. Aber der Impuls ist richtungweisend: Deutschland läutet den Marsch in die Vereinigten Staaten von Europa ein.

Nun hat unser Kanzler mit erwartbarem Applaus von kurzsichtigen Boulevard-Medien, Sozial-Egoisten, falschen Patrioten und sonstigen Ahnungslosen der deutschen Amtskollegin sinngemäß ausgerichtet: „Mit uns nicht. Wir lassen uns unsere sozialen Errungenschaften nicht nivellieren.“ Klingt gut, berücksichtigt aber nicht, dass Österreich bei allen notwendigen Rettungen mitzahlen muss. Dass wir mit einem nicht vereinheitlichten Europa mit allen seinen Errungenschaften im gerade erst beginnenden, gewaltigen globalen Wettbewerb untergehen würden. Dass diese Regierung bei ihren dringenden Hausaufgaben Bildungs-, Pensions- und Verwaltungsreform extrem säumig ist.

Von keiner Partei habe ich bisher ein klares Bekenntnis zu Merkels Vorstoß und einem europäischen Zusammenrücken gehört. Vielleicht weil keine von ihnen die wirkliche Leistung erbringende Mitte der Gesellschaft vertritt?